

Beer, Wolfgang

## **II. Sozialisationsprozesse in Bürgerinitiativen - Veränderungen von politischen Einstellungen und Verhaltensweisen durch das Engagement in Aktionsgruppen**

*Zeitschrift für Entwicklungspädagogik 3 (1980) 1-2, S. 44-63*



Quellenangabe/ Reference:

Beer, Wolfgang: II. Sozialisationsprozesse in Bürgerinitiativen - Veränderungen von politischen Einstellungen und Verhaltensweisen durch das Engagement in Aktionsgruppen - In: Zeitschrift für Entwicklungspädagogik 3 (1980) 1-2, S. 44-63 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-270277 - DOI: 10.25656/01:27027

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-270277>

<https://doi.org/10.25656/01:27027>

in Kooperation mit / in cooperation with:

**ZEP** Zeitschrift für internationale Bildungsforschung  
und Entwicklungspädagogik

"Gesellschaft für interkulturelle Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik e.V."

<http://www.uni-bamberg.de/allgpaed/zep-zeitschrift-fuer-internationale-bildungsforschung-und-entwicklungspaedagogik/profil>

### **Nutzungsbedingungen**

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### **Terms of use**

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

### **Kontakt / Contact:**

**peDOCS**  
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation  
Informationszentrum (IZ) Bildung  
E-Mail: [pedocs@dipf.de](mailto:pedocs@dipf.de)  
Internet: [www.pedocs.de](http://www.pedocs.de)

Digitalisiert

Mitglied der

  
Leibniz-Gemeinschaft

---

# ZEITSCHRIFT FÜR ENTWICKLUNGSPÄDAGOGIK **ZEP**

---

**Interentwicklung und Überentwicklung als  
Herausforderung für die Erziehung**

---

## **AUS DEM INHALT:**

- + ÖKOLOGISCHE VERANTWORTUNG VON GESELLSCHAFT  
UND SCHULE – Versuch eines pädagogischen Orientierungsrahmens
  - + "DRITTE WELT IST ÜBERALL" – Bedingungen und Möglichkei-  
ten entwicklungspolitischer Sensibilisierung
  - + DANILO DOLCI – PETER SCHILINSKI: Überentwicklung--  
Unterentwicklung
  - + SOZIALISATIONSPROZESSE IN BÜRGERINITIATIVEN
  - + KRITISCHE BEMERKUNGEN ZUM SOZIALISATIONSSYSTEM  
DER BUNDESREPUBLIK
  - + ERFAHRUNGEN, FRAGEN UND ANSÄTZE ENTWICKLUNGS-  
PÄDAGOGISCHER ARBEIT IN DER SCHULE
  - + AFRIKANISCHE KINDER ALS KONSTRUKTEURE - Ein  
Tagungsbericht
  - + DIE ÖKUMENISCHE ENTWICKLUNGSGENOSSENSCHAFT  
ALS EIN BEITRAG ZUR ENTWICKLUNGSPÄDAGOGIK  
DER KIRCHEN
  - + ENTWICKLUNGSPÄDAGOGISCHES TAGEBUCH
- 

**Heft 1/2 1980, April 1980, 3. Jahrgang  
SSN 0172 - 2433**

---

**HAAG + HERCHEN Frankfurt**

# **ZEITSCHRIFT FÜR ENTWICKLUNGSPÄDAGOGIK ZEP**

**unterentwicklung und überentwicklung als  
herausforderung für die erziehung**

**ISSN 0172 - 2433-**

**herausgeber und schriftleiter:** alfred k. tremel,  
altheimerstraße 2, 7410 reutlingen-24  
telefon ( 07121 )-66606

**unter mitarbeit** von klaus seitz und  
gottfried orth

**verlag:** HAAG + HERCHEN Verlag, fichtardstraße 30,  
6000 frankfurt am main 1  
telefon ( 0611 ) 550911-13

**erscheinungsweise:** 3 - 4 ausgaben im jahr mit  
zusammen ca. 240 seiten.

---

**preise:**

**abonnementspreise:** institutionen dm 17,50,  
einzelbezieher dm 12,00, studenten dm 10,50  
**einzelpreis** dm 4,50, doppelheft dm 9,00

manuskripte bitte druckfertig an die schriftleitung

**bestellungen:** HAAG + HERCHEN Verlag, fichtardstraße 30,  
6000 frankfurt am main 1  
telefon ( 0611 ) 550911-13

**konten des verlages:** deutsche bank frankfurt,  
konto-nr. 100/093/0487, blz 500 700 10  
postscheckkonto frankfurt, konto-nr. 661-605,  
blz 500 100 60

nachdruck mit quellenachweis und gegen übersendung von  
belegexemplaren an den verlag gestattet

**herstellung:** druckhaus j. knaack, darmstadt

I n h a l t

Hans-Georg Wittig	ÖKOLOGISCHE VERANTWORTUNG VON GESELLSCHAFT UND SCHULE. Versuch eines pädagogischen Orientierungsrahmens.....4	4
Thomas Müller	"DRITTE WELT IST ÜBERALL". Bedingungen und Möglichkeiten entwicklungspolitischer Sensibilisierung.....24	24
Gottfried Heß	DANILO DOLCI - PETER SCHILINSKI: Überentwicklung - Unterentwicklung.....42	42
Wolfgang Beer	SOZIALISATIONSPROZESSE IN BÜRGERINITIATIVEN. Veränderungen von politischen Einstellungen und Verhaltensweisen durch das Engagement in Aktionsgruppen.....44	44
Gerhard Schulze	KRITISCHE SCHLUSSBEMERKUNGEN ZUM SOZIALISATIONS-SYSTEM DER BUNDESREPUBLIK.....64	64
Alfred Holzbrecher	ERFAHRUNGEN, FRAGEN UND ANSÄTZE ENTWICKLUNGS-PÄDAGOGISCHER ARBEIT IN DER SCHULE.....85	85
Gottfried Orth	AFRIKANISCHE KINDER ALS KONSTRUKTEURE - Ein Tagungsbericht.....91	91
Gerhard Dilschneider	DIE ÖKUMENISCHE ENTWICKLUNGSGENOSSENSCHAFT ALS EIN BEITRAG ZUR ENTWICKLUNGSPÄDAGOGIK DER KIRCHEN.95	95
Alfred K. Tremel	MEIN ENTWICKLUNGSPÄDAGOGISCHES TAGEBUCH (4).....103	103
	REZENSIONEN:.....108	108
	+ Bundeszentrale für pol. Bildung (Hg.): Zur Methodik des Lernbereichs Dritte Welt (G. Orth), s. 108.	
	+ B. Mann: Die pädagogisch-politischen Konzeptionen Mahatma Gandhis und Paulo Freires (A. Köpcke), s. 110.	
	+ BMZ (Hg.): Unterrichtshilfen zum Thema: Entwicklungspolitik (G. Orth), s. 111.	
	+ G.A. Rakelmann: Zigeuner, Mythos und Verfolgung...(G. Orth), S. 113.	
	+ Zeitschrift "Grundschule": Projekt: Dritte Welt in der Grundschule (G. Orth), S. 114.	
	+ G. Pausevang: Rosinkawiese-Alternatives Leben vor 50 Jahren (K. Trenkler), S. 115.	
	+ Erklärung von Bern: Unterrichtseinheiten zu Dritte-Welt-Kinderbücher (K. Seitz), S. 116.	
	+ Brot-für-die-Welt/Misereor: Dritte-Welt-Memory (S. Hillejan), S. 118.	
	+ W. Grasskamp: Triviale Negerbilder (S. Hillejan), S. 119.	
	Autorenverzeichnis.....120	120

## II. SOZIALISATIONSPROZESSE IN BÜRGERINITIATIVEN – Veränderungen von politischen Einstellungen und Verhaltensweisen durch das Engagement in Aktionsgruppen <sup>1)</sup>

Im ersten Kapitel ist an verschiedenen Stellen darauf hingewiesen worden, welche eminente Bedeutung für die Entstehung von politischem Veränderungs- und Unruhepotential den Erfahrungen, die die an Bürgerinitiativen Beteiligten machen und den daraus resultierenden Lernprozessen zukommen. Diese Funktion von Bürgerinitiativen als Sozialisationsinstanz und ihre politische Bedeutung soll im folgenden dargestellt werden.

### Zum Begriff Sozialisation

Dabei ist es zunächst notwendig, sich kurz mit dem Begriff „Sozialisation“ zu beschäftigen. Im Zusammenhang der vorliegenden Fragestellung soll „Sozialisation“ zunächst sehr weit und allgemein definiert werden: als der Prozeß, in dessen Verlauf ein menschliches Individuum aufgrund sozialen Lernens unter den Bedingungen einer spezifischen Gesellschaft sozial handlungsfähig wird und es unter sich verändernden Bedingungen bleibt.

Diese Definition sagt zunächst nichts aus über Inhalte und Zielsetzung der im Sozialisationsprozeß erworbenen Handlungsfähigkeit; Sozialisation führt also nicht nur zu einer möglichst optimalen Anpassung an die herrschenden gesellschaftlichen Normen, sondern kann als Ergebnis auch Handlungen und Verhaltensweisen haben, die auf eine Veränderung der vom Individuum vorgefundenen gesellschaftlichen Lebensbedingungen gerichtet sind.

Insbesondere das Zustandekommen oder Nichtzustandekommen der als emanzipatorisch zu bezeichnenden Handlungsweisen ist für die Probleme einer politischen Sozialisation von entscheidender Bedeutung.

„Politische Sozialisation meint also auch jene Vorgänge, die dazu führen, daß Menschen sich gegen Integration, Unterdrückung und Normierung wehren und Möglichkeiten der Befreiung suchen und erkämpfen.“<sup>(1)</sup>

Politische Sozialisation kann also in zwei unterschiedliche Richtungen erfolgen. Zum einen wird das Individuum durch die Einwirkungen verschiedenster Sozialisationsagenturen in Einstellungen und Handlungen an die herrschenden Normen angepaßt und in die bestehende Gesellschaft integriert, also dem gegebenen Herrschaftssystem unterworfen. Zum anderen, und dies dürfte unter den in unserer Gesellschaft vorzufindenden Sozialisationsbedingungen sehr viel seltener der Fall sein, entwickelt das Individuum im Laufe des Sozialisationsprozesses Widerstandskräfte gegen eine Integration in die bestehende Gesellschaftsordnung, die nichtaffirmative und auf den im

---

1) mit frdl. abdruckgenehmigung aus: w. beer: lernen im widerstand. polit. lernen u. polit. sozialisation in bürgerinitiativen. hamburg 1978 (jetzt wieder lieferbar für dm 7,80 über: umweltmagazin-verlag, flemmingstr. 9, 1000 berlin 41).

Grundgesetz postulierten Anspruch auf Selbstverwirklichung abzielende Handlungen ermöglichen. Ziel dieser Arbeit ist es, Bedingungen zu suchen, beziehungsweise zu untersuchen, unter denen derartige emanzipatorische Handlungsfähigkeit erworben wird.

Die oben gegebene Definition macht auch deutlich, daß Sozialisation nicht, wie dies von den meisten der auf das Kindheitsalter bezogenen Sozialisationstheorien postuliert wird, etwa mit dem Abschluß der Berufsausbildung beendet ist, sondern daß auch der Erwachsene in einer sich weiterentwickelnden Gesellschaft wie der unseren einer Reihe von Sozialisationsprozessen ausgesetzt ist.

Während für den Bereich der kindlichen Sozialisation eine nahezu unübersehbare Fülle von Veröffentlichungen existiert (2), nimmt sich die Literatur zur Frage der Erwachsenensozialisation und mit ihr der Umfang entsprechender sozialwissenschaftlicher Forschung sehr bescheiden aus.

Die Ursache für das eklatante Forschungsdefizit liegt zu großen Teilen in der von der Sozialisationsforschung nahezu ausnahmslos geübten Beschränkung auf das Kindesalter. Die meisten Sozialisationstheorien sind so angelegt, daß Erwachsenensozialisation als eigenständiger Vorgang ausgeschlossen bleibt. Wenn überhaupt Sozialisationsprozesse bei Erwachsenen konzipiert werden, dann mit Hilfe einer Rekonstruktion von Kindheitssituationen, wie dies am deutlichsten in der Psychoanalyse der Fall ist, die im Rahmen der Therapie bestimmte Kindheitssituationen wiederholt oder nachholt.

Die Einschränkung, bei der Rekonstruktion von Kindheitssituationen stehen zu bleiben, gilt auch für die Arbeit von Brim und Wheeler, die ihre Ergebnisse überwiegend aus der Untersuchung von Insassen totaler Institutionen, etwa der Resozialisierung von Strafgefangenen, herleiten.(3)

Griese (4) sieht und nennt durchaus die Probleme, an denen angesetzt werden muß (Chancengleichheit, Klassencharakter der Gesellschaft). Mir scheint jedoch auf seine Hoffnung, neue emanzipatorische, soziologische und pädagogische Instrumentarien in der Hand zu haben, die Kritik zuzutreffen, die Frigga Haug für die Rollentheorie allgemein formuliert: „Da Rollentheorie an wirklichen Problemen anknüpft, diese aber auf eine Weise verarbeitet, daß ein immer undurchdringlicherer Nebel entsteht, den zu zerteilen, um an die darunterliegende Wirklichkeit heranzukommen, ungeheuer schwer wird, webt sie mit am Schleier, dessen die herrschenden Verhältnisse bedürfen, um die ihnen einwohnenden Konflikte nicht zum Ausbruch kommen zu lassen.“(5)

Reimer und ausführlicher noch Marianne Gronemeyer weisen auf die Bedeutung der Lerntheorie für die Begründung und Analyse von Sozialisationsprozessen im Erwachsenenalter hin.(6,7) In Anlehnung an Stendenbach wird soziales Lernen verstanden als „Prozeß, bei dem in Reaktion auf bestimmte Stimuli Reaktionen oder Verhaltensweisen geschaffen oder verändert werden.“(7) Ausschlaggebend für die Lernmotivation ist das Eintreten oder Aus-

bleiben eines positiven Verstärkerereignisses. Bezogen auf Teilnehmer von Bürgerinitiativen bedeutet dies, wie Theodor Ebert schreibt, daß „Erfolge Kettenreaktionen auslösen“ und zu „sukzessiven oder kumulativen Engagement“ führen können. Eine Beschränkung auf die „Stimulus-Response-Lerntheorie“ als Erklärungsansatz für Sozialisationsprozesse im Erwachsenenalter wäre jedoch sehr problematisch.

Sehr viel effektiver erscheint Marianne Gronemeyers Versuch, motivationale Bedingungen politischen Handelns zu untersuchen.(9) Ausgehend von einer kritischen Analyse der wichtigsten Motivationstheorien innerhalb der lerntheoretischen Diskussion und der Theorien kritischer Öffentlichkeit (Negt, Habermas), sucht sie nach Bedingungen und Chancen, wie politische Erfahrungen und Aktionen zu befreienden, Ohnmacht und Unterdrückung überwindenden Lernprozessen und Handlungen führen können.

Innerhalb der Sozialisationstheorie im engeren Sinne ist am umfassendsten der materialistische Ansatz, der vor allem von Alfred Lorenzer entwickelt wurde. Die Annahme einer Dialektik zwischen gesellschaftlichen Verhältnissen einerseits und den subjektiven Lebensbedingungen andererseits bietet den bisher weitestgehenden Rahmen für die Untersuchung und Erfassung von Sozialisationsprozessen im Erwachsenenalter. Dies gilt, obwohl auch hier mit Ausnahme der vor allem von Thomas Leithäuser vorangetriebenen Erforschung des Alltagsbewußtseins, so gut wie keine konkreten Ergebnisse oder Untersuchungen vorliegen.(10).

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß diejenigen Sozialisationstheorien, die von ihrer Anlage her überhaupt Sozialisationsvorgänge im Erwachsenenalter als eigenständigen Prozeß ermöglichen, jeweils nur Teilgebiete des Gesamtkomplexes von Einstellungs- und Verhaltensänderung bei Erwachsenen zu erfassen vermögen

Für die speziell mit dem Problem der Erwachsenensozialisation befaßten Arbeiten gilt, daß sie weitgehend Sozialisation als einen Prozeß verstehen, der sich zwischen einem Sozialisator und einem Sozialisanden vollzieht. Der Sozialisator ist hierbei meist Subjekt und der Sozalisand Objekt.

Durchgängig ist in großen Teilen der Literatur, daß Sozialisation meist als intentionales Handeln, das sich zwischen Sozialisator und Sozalisanden vollzieht, beschrieben wird. Die Folge ist, daß der Terminus „Erwachsenensozialisation“ vielfach synonym mit dem Begriff „Erwachsenenbildung“ gebraucht wird. Eine klare, begriffliche und inhaltliche Trennung der Termini Erwachsenensozialisation und Erwachsenenbildung erscheint mir zur Erfassung von Einstellungs- und Verhaltensänderungen bei Erwachsenen unabdingbar. Erwachsenensozialisation ist der Oberbegriff. Erwachsenenbildung oder auch Weiterbildung ist ein Ort unter vielen, an dem Erwachsene Sozialisationsprozessen ausgesetzt sind. Um den sehr begrenzten Forschungsstand und den Intentionen dieser Arbeit Rechnung zu tragen, soll im folgenden von einer

sehr weit gefaßten und bewußt allgemein gehaltenen Arbeitsdefinition ausgegangen werden.

Erwachsenensozialisation soll verstanden werden als ein auf zwei Ebenen sich vollziehender Prozeß. Zum einen werden zusätzlich zu den in der Kindheitsphase angeeigneten Werten, Normen und Kenntnisse internalisiert, die dann Einstellungs- und Verhaltensweisen determinieren und die Handlungsfähigkeit des Individuums erweitern oder erhalten. Zum anderen werden im Verlauf der Primär- und Sekundärsozialisation internalisierte Werte, Normen und Kenntnisse infragegestellt und unter Umständen verändert, was dann kurz-, mittel- oder langfristig, je nach Stellenwert im sozialen und persönlichen Bezugssystem veränderte Einstellungen und Handlungen bewirkt.

Erwachsenenbildung schließlich hat ihren Stellenwert innerhalb einer so verstandenen Erwachsenensozialisation als eine wichtige Sozialisationsagentur, die durch intentionales und organisiertes Lernen gekennzeichnet ist.

Wenn man von der gegebenen Definition von Erwachsenensozialisation ausgeht, so geht es bei der Frage nach einer politischen Sozialisation Erwachsener darum, auf welche Weise politische Wertvorstellungen und Orientierungen entstehen, beziehungsweise sich verändern und vom Individuum in politisches Handeln umgesetzt werden. Der Prozeß wäre auch umgekehrt denkbar, nämlich, daß das Individuum – situationsbedingt – zunächst politisch handelt und anschließend über die Reflexion der eigenen Handlungen zu neuen oder modifizierten Einstellungen und Wertungen gelangt. Beide Prozesse sind schließlich auch denkbar als ein dialektischer Prozeß, in dessen Verlauf auf Reflexionen Handlungen erfolgen, die dann erneute Reflexionen mit veränderten Handlungen zur Folge haben. Ob der angedeutete Prozeß zustandekommt, und wenn ja, mit welchen der genannten Verhaltensweisen, Reflexion oder Handlung, er einsetzt, ist abhängig von den objektiven Bedingungen innerhalb einer Gesellschaft und der subjektiven Situation, in der das einzelne Individuum sich unter diesen Bedingungen befindet. Es kann davon ausgegangen werden, daß die subjektive Situation individuell durchaus spezifisch ist entsprechend der persönlichen Biographie. Diese Aussage schließt jedoch die Möglichkeit einer Reihe gemeinsamer – objektiv bedingter – Merkmale in Biographie und aktueller subjektiver Situation durchaus ein. Dennoch dürfte die subjektive Situation, zu der unter anderem auch die familiären Beziehungen, Grad der subjektiven und objektiven Abhängigkeit am Arbeitsplatz und das Verhältnis zu anderen Bezugsgruppen wie Nachbarn, Vereine und andere gehören, ausschlaggebend sein für die Reaktion auf die vorgefundenen objektiven Verhältnisse. Die Skala möglicher Reaktionen reicht von politischer Apathie, vollständiger Anpassung bis hin zu graduell abgestuften Formen des Widerstandes gegen die bestehenden Verhältnisse.

Aufgrund der primären und sekundären Sozialisation und der angedeuteten individuellen Lebensumstände kann man von einem Fundus an Wertorien-

tierungen, Einstellungen und Erfahrungen ausgehen, die den status quo des politischen Verhaltens eines Individuums bedingen.

Forschung im Bereich politischer Sozialisation Erwachsener muß nun die Bedingungen, Einflüsse, Ereignisse, die zu einer Veränderung des status quo führen, untersuchen. Sie schließt auch die Möglichkeiten, die diesen Prozeß initiiert und beeinflusst machen und dazu beitragen können, Ängste und Barrieren abzubauen, ein.

Ausgehend von diesen Überlegungen zur politischen Sozialisation Erwachsener soll nun, ohne die theoretischen Aspekte weiter auszubauen, überprüft werden, ob, in welcher Form und mit welchem Ergebnis in Bürgerinitiativen auf Selbstbestimmung und aktives Engagement ausgerichtete Lernprozesse ablaufen. Bürgerinitiativen sollen daraufhin untersucht werden, ob die an ihnen Beteiligten Kenntnisse, Fähigkeiten und Verhaltensmöglichkeiten erwerben, die eine emanzipatorische, auf Vertretung der eigenen Interessen und Selbstverwirklichung ausgerichtete politische Praxis ermöglichen.

Die Annahme, die dem folgenden Versuch zugrunde liegt, ist, daß Bürgerinitiativen für die politische Sozialisation Erwachsener eine erheblich größere Bedeutung haben als die traditionellen Formen politischer Erwachsenenbildung (Kurse, Lehrgänge usw.). Untersuchungen, die über den Grad der Vermutungen hinausgehen, liegen bisher nicht vor. Meist wird dieser, auf der Erfahrungsebene angesiedelte Aspekt, lediglich als ein wichtiger unter anderen genannt, ohne jedoch näher ausgeführt zu werden.

Aufgrund dieses sehr begrenzten Forschungs- und Untersuchungsstandes sowie des begrenzten Rahmens dieses Buches soll im folgenden der Frage nach den Sozialisationswirkungen von Bürgerinitiativen in 10 Thesen, die teilweise und lediglich punktuell durch Auszüge aus vorhandener Literatur und Aussagen Betroffener erhärtet werden, nachgegangen werden.

### **Der Eintritt in eine Bürgerinitiative als Veränderung bisherigen politischen Verhaltens**

#### **These:**

Bereits der Eintritt in eine Bürgerinitiative, die Bereitschaft, Widerstand zu leisten, ist zumindest bei denen, die erstmals in einer Aktionsgruppe mitarbeiten, ein Akt politischer Sozialisation, da dieser Schritt in der Regel einen Bruch mit bisher gewohnten politischen Verhaltensweisen bedeutet und eine sehr große Überwindung kostet.

Die Frage, aufgrund welcher Ereignisse und Einflüsse jemand in eine Bürgerinitiative eintritt, ist nicht generell beantwortbar. Es ist wahrscheinlich, daß

affektiv-emotionale Motive wie Empörung, Ängste, aber auch „Sich-Mitreissen-Lassen“ durch Bezugspersonen in der Anfangsphase häufiger für die Mitarbeit in einer Aktionsgruppe ausschlaggebend sind als rein kognitiv-rationale Motive, wie etwa eine differenzierte Analyse des zugrundeliegenden Konfliktes. Geht man von der Annahme einer weit verbreiteten politischen Apathie verbunden mit starken Ängsten vor jedweder Art von Auflehnung aus, so liegt es nahe, daß einer Beteiligung an einer Bürgerinitiative zunächst, schichtspezifisch graduell unterschiedlich, eine Reihe von Widerständen entgegenstehen. Es bedarf also einer starken extrinsischen Motivation, um zu diesen Barrieren überwindenden Verhaltensweisen zu gelangen.

Ein elsässischer Lehrer, einer der Hauptorganisatoren des Widerstandes gegen das Bleichemiewerk in Markolsheim und das Kernkraftwerk Whyll, beschreibt diesen Prozeß sehr treffend: „Leider ist es so, daß gewöhnlich die Menschen Widerstand brauchen, um weiterzudenken, um ihren eigenen inneren Widerstand zu besiegen. Ein Kernkraftwerk oder ein Bleiwerk oder sonst irgendeine Gefahr ist die Gelegenheit dazu.“(11)

Hans-Eckehard Bahr weist in diesem Zusammenhang auf den für eine Auflehnung gegen bestehende Unterdrückung entscheidenden „Impuls der Empörung“ hin.(12) Erst als zweiter Schritt entsteht dann eine Disposition für die Entwicklung „kritischer Rationalität“.

Im Verlauf dieser Entwicklung kann es dann auch dazu kommen, daß sich einzelne als unpolitische Menschen bezeichnen und dennoch zu den aktivsten und entschiedensten Gegnern eines Atomkraftwerkes gehören:

„... ich habe auch noch nie im Leben irgendwelche politischen Interessen gehabt und bin auch politisch vollkommen unininteressiert; ich bin bloß daran interessiert, daß man auf so tölpelhafte Weise, wie uns das Kernkraftwerk hier angeboten worden ist, daß man so nicht mit Menschen umgeht. Das ist eigentlich der Hauptgrund, weswegen ich mich da engagiert habe.“(13)

### **Erhöhtes Selbstbewußtsein als Ergebnis der Mitarbeit in einer Bürgerinitiative**

#### **These:**

Die Mitarbeit in der Bürgerinitiative führt zu einer Steigerung des Selbstbewußtseins der Aktiven. Die Folge ist ein verändertes Konfliktverhalten auch in anderen Lebensbereichen sowie eine allgemein höhere Bereitschaft, sich auch in anderen Gruppen zu engagieren und die eigenen Interessen überhaupt und nachhaltiger zu vertreten als dies vor dem ersten Engagement der Fall war.

Legt man die Annahme, daß eine Beteiligung an einer Bürgerinitiative ein hohes Maß an Selbstüberwindung voraussetzt, zugrunde, so wirkt bereits die bloße Tatsache des Engagements als Erfolgserlebnis und erhöht das Selbstver-

trauen. Darüber hinaus jedoch sind die an Bürgerinitiativen Beteiligten vor eine Reihe neuer, bisher unbekannter Aufgaben gestellt, deren erfolgreiche Bewältigung das Selbstbewußtsein stärkt. Solche Aufgaben sind unter anderem die Artikulation der eigenen Meinung innerhalb einer Gruppe, das Entwerfen, Herstellen und Verteilen von Flugblättern, das Schreiben von Leserbriefen, die dann gedruckt in der Zeitung erscheinen, die Verhandlung mit Politikern und Vertretern der Administration, das Werben neuer Mitglieder, um nur einige zu nennen; zusammengefaßt, Tätigkeiten und Aktionen, die die meisten erstmals an einer Basisgruppe mitarbeitenden Aktiven sich bisher nicht zuge-  
traut haben. Diese partiellen, individuellen Erfolgserlebnisse wirken auch dann als Verstärkung, wenn die Initiative ihr gesetztes, sachliches Ziel als solches nicht erreicht. Sie werden aber noch erhöht, wenn das kollektive Erlebnis erfolgreichen Widerstandes gegen Vorhaben oder Unterlassungen der bis dato als unbeeinflußbare Obrigkeit empfundenen Administration hinzukommt.

Inwieweit diese Steigerung des Selbstbewußtseins sich auf das Verhalten und Engagement in anderen Bereichen und Zusammenhängen auswirkt, wird in den folgenden Thesen noch näher dargelegt.

Diese Steigerung des Selbstvertrauens kann aus der Beobachtung des Verlaufes von Bürgerinitiativen und teilweise auch aus den Äußerungen einzelner geschlossen werden, sie ist jedoch empirisch nur sehr schwierig zu erfassen. In der Literatur wird an verschiedenen Stellen auf diesen Aspekt des Engagements hingewiesen, vor allem auch auf die Notwendigkeit von Anfangserfolgen für die weitere Entwicklung der Gruppe: „Psychologisch gesehen sind sie für den außengeleiteten Menschen“ (David Riesmann) ein allmählicher Zugang zur Entwicklung von Ich-Stärke. Die Bürger lernen, selbst Prioritäten zu setzen.“(8) Ein wichtiges Erfolgserlebnis besteht auch darin, daß die „Bürger spüren, wie empfindlich ihre Repräsentanten auf solche Initiativen, die ihre Legitimität in Frage stellen, reagieren.“ (8) Solche Erfahrungen stärken das Bewußtsein von der eigenen Macht. Durch das Engagement in Bürgerinitiativen kann das Gefühl der Ohnmacht überwunden und neue Problemlösungsmöglichkeiten erlernt werden.

Bestätigt werden diese Annahmen durch einen Auszug aus dem Lebensbericht einer Frau aus dem Märkischen Viertel in Berlin:

„Auf einer öffentlichen Redaktionssitzung (der Märkischen Viertel Zeitung, W.B.) wagte ich dann, angespornt durch andere Leute, meiner Wut und Enttäuschung Ausdruck zu geben. Zum ersten Mal trat ich hier in die Öffentlichkeit, weil ich gemerkt hatte, daß Klagen im stillen Kämmerlein nichts änderten: Nur gemeinsames Handeln konnte uns befähigen, gegen den Senat und die regierende SPD Verbesserungen für uns durchzusetzen. Erster Ansatzpunkt waren die vielen Exmittierungen von Mietern, die die hohen Mieten nicht mehr tragen konnten, und die katastrophale Lage im Bereich der Sozial-

einrichtungen .... In den Aktionen gegen diese Zustände wuchs mein Selbstvertrauen und mein Verständnis für wirtschaftliche und politische Zusammenhänge. So begriff ich allmählich, daß meine privaten Schwierigkeiten, meine Drangsale der Kinderzeit, kein Schicksal waren, sondern in unserer Gesellschaftsstruktur begründet waren. Mein Lebenslauf war auch kein Einzelfall, sondern es ging unendlich vielen Menschen genauso.“ (14)

### Das Erlebnis von Solidarität als Lernprozeß

These:

Aktives Engagement in Bürgerinitiativen ermöglicht das Erlebnis von Solidarität. Dies bewirkt einen Lernprozeß in zweifacher Hinsicht. Zum einen wird Solidarität als eine mögliche Form des Sozialverhaltens überhaupt eingeübt, zum anderen als eine Grundvoraussetzung für erfolgreichen Widerstand und damit der eigenen Stärke erfahren.

„Die menschliche Solidarität ist in der totalen Warenwirtschaft gleich zweimal zerrissen: zum einen, weil die Menschen sich als ökonomische Charaktermasken auf einem immerwährenden Markt entgegentreten, wo der Tauschwert interessiert und nicht der Mensch . . . Zum anderen, weil sie sich auf diesem Markt als Vertreter der anonymen gesellschaftlichen Macht begegnen. Beides muß in ihnen ein Grundgefühl der Isoliertheit und Angst erzeugen.“ (15)

Diese Konsequenz der Aussage wird, wenn auch anders begründet, bestätigt durch das von Paulo Freire beschriebene Phänomen der „Identifizierung mit dem Unterdrückter“. Konkret bedeutet dies, daß das Individuum bestrebt ist, den gesellschaftlich herrschenden Normen, Werten, Vorschriften und Verhaltensweisen auch dann zu genügen, wenn es eindeutig unter ihnen leidet, ja von ihnen gegebenenfalls auch terrorisiert wird.

Daß diese Aussage auch für die BRD und nicht nur für Entwicklungsländer gilt, kommt in einem Brief, den eine Frau aus einer Neubausiedlung an ihre Wohnungsbaugesellschaft schrieb, deutlich zum Ausdruck:

„ .... Ich bitte Sie inständig, mir zu erlauben, die Miete für September mit der Miete für Oktober zu bezahlen .... Bitte nehmen Sie uns die Wohnung nicht. Wir haben 6 1/2 Jahre darauf gewartet. Ich weiß, Miete muß als erstes bezahlt werden, aber es ging nicht anders. Bitte haben Sie Verständnis, nur das eine Mal.“ (17)

Die Frage nach der Ursache der Notlage wird nicht gestellt, der Mietzahlung der absolute Vorrang eingeräumt, obwohl es gemessen an den legitimen Lebensinteressen der Betroffenen nur schwer einsehbar ist, warum die Miete unbedingt wichtiger ist als der Kauf von Lebensmitteln.

Bei der Betrachtung von Bürgerinitiativen ist das Problem der Solidarität in doppelter Weise von Bedeutung. Solidarität ist einmal eine entscheidende Grundvoraussetzung für die Handlungsfähigkeit einer Aktionsgruppe, solidarisches Verhalten ist zum anderen eine der wichtigsten Lernfelder innerhalb einer Bürgerinitiative.

Das gemeinsame Engagement, die kollektiven Erfahrungen, bieten die Möglichkeit, die angedeuteten, jede Solidarität verhindernden Gefühle der Isolation und Angst zumindest partiell und ansatzweise zu überwinden. Im Innenverhältnis einer Bürgerinitiative bedeutet dies, daß auf Angstüberwindung ausgerichtete, solidarische Verhaltensweisen entwickelt werden, die dann Voraussetzung für die im Außenverhältnis notwendige Solidarität zur Erreichung sachlicher Ziele sind. Ob dieser Prozeß der Entwicklung von Solidarität in einer Aktionsgruppe erfolgreich verläuft oder unter Umständen auch scheitert, ist abhängig von einer Reihe von Bedingungen. Im folgenden soll dies modellhaft dargestellt werden:

Ausgangspunkt ist die Feststellung, daß der Grad der Fähigkeit zu Solidarität, abgesehen von den subjektiven, im Verlauf der bisherigen Sozialisation erworbenen Barrieren und Hemmnissen, abhängig ist von dem Grad der Identifikation der Mitglieder mit einer Bürgerinitiative. Diese Identifikation wird gefördert durch Erfolgserlebnisse; sie wird behindert durch Mißerfolgserlebnisse. Sie ist zu Zeiten hohen Außendruckes und intensiver gemeinsamer Aktionstätigkeit größer als in Phasen relativer Normalisierung der Situation.

Erfolgserlebnis beziehungsweise hoher Außendruck scheinen die notwendige Loslösung von konkurrierenden Bezugsgruppen (z.B. Familie, Arbeitgeber und Kollegen) zu erleichtern, die wiederum eine Voraussetzung für Verhaltens- und Einstellungsveränderungen ist. Am nachhaltigsten ist diese Entwicklung sicher dann, wenn Familienverbände, Nachbarschaftsgruppen oder ganze Dorfgemeinschaften die beschriebenen Schritte als kollektiven Lernprozeß tun. Abhängig ist diese Entwicklung, ob als Gruppe oder Individuum, auch vom Wohlbefinden und der Befriedigung eigener Bedürfnisse innerhalb der neuen Gruppe.

Zusammengenommen sind die bisher genannten Bedingungen Voraussetzungen für eine mögliche Internalisierung der erwähnten neuen Verhaltensweisen und Einstellungen, die sich dann als positiver Lernprozeß darstellen.

Die doppelte Bedeutung der Entwicklung von Solidarität für eine Bürgerinitiative wird wiederum darin deutlich, daß dieser positive Lernprozeß Solidarität erst ermöglicht und damit die Bürgerinitiative handlungs- und erfolgsfähig macht.(18)

## **Die Aneignung von Sachkompetenzen auf unterschiedlichen Problemebenen**

### **These:**

Die aktiven Mitarbeiter von Bürgerinitiativen eignen sich eine Reihe von Sachkompetenzen auf unterschiedlichen Problemebenen an.

Jede Bürgerinitiative ist gezwungen, sich – bezogen auf die jeweilige Problematik, zu der sie arbeitet – eine Reihe von Sach- und Fachkenntnissen anzueignen, sei es, um Alternativlösungen zu den Vorstellungen der Administration zu präsentieren, sei es, um Notwendigkeit oder Unmöglichkeit bestimmter Maßnahmen und Planungen vertreten zu können. Auf diese Weise wurden große Teile der Bevölkerung des Kaiserstuhls zu Spezialisten für die Kernenergieproblematik, Mitglieder unterschiedlicher Aktionsgruppen zu Fragen der Stadtentwicklung zu Experten für Städtebau, zahlreiche Beteiligte an Umweltschutzinitiativen zu Fachleuten für Immissions- und Emissionsschutz und zahlreiche Mitarbeiter in Eltern-Kinder-Gruppen und Aktionen für kleine Klassen befaßten sich intensiv mit bildungspolitischen und pädagogischen Problemen. Die Aufzählung von solchen Beispielen für die Aneignung von Sachkompetenz könnte noch endlos fortgesetzt werden.

Darüber hinaus bieten Bürgerinitiativen auch die Möglichkeit, im Verlauf der Aktionen Orientierungswissen über Gliederung und Arbeitsweise, Anlaufstellen, Informations- und Einflußmöglichkeiten bei Parlamenten, Behörden, Verbänden, Vereinen, Kirchen und Massenmedien zu erwerben.

## **Systemkritischer Lernprozeß als mögliches Ergebnis der im Verlauf einer Bürgerinitiative gemachten Erfahrungen**

### **These:**

Da die an Bürgerinitiativen Beteiligten eine Reihe von Erfahrungen mit Politikern, Vertretern von Parlamenten und Verwaltungen, Funktionären von Parteien und Verbänden, Mitarbeitern der Massenmedien u.a. machen, erkennen sie oft auch über ihr eigentliches Ziel hinausgehende politische und ökonomische Zusammenhänge und lernen systembedingte Grenzen, an denen viele ihrer Forderungen scheitern, kennen. Das Ergebnis ist ein systemkritischer Lernprozeß, der zwangsläufig zu einem tendenziellen Verlust an Systemvertrauen führt.

Die Folge ist die Erkenntnis der Notwendigkeit von gesellschaftlicher Veränderung und damit eine sonst selten zu findende Offenheit für alternative Ideen und Konzepte. Dies gilt auch – oder gerade dann –, wenn keine klare mehr oder minder dogmatische Linie oder Konzeption vorhanden ist. Entscheidend ist, daß die Menschen in ihren Köpfen und Gefühlen beginnen,

eigene Interessen klarer zu erkennen, Veränderungen in Erwägung zu ziehen, selbst – und sei es nur punktuell – Alternativen zu entwickeln und untereinander auszutauschen: insgesamt ein Lernprozeß der gemeinsam erfahren werden muß und in Bürgerinitiativen auch erfahren wird; und zwar in einer offenen, von Hierarchien und Dogmen freien Kommunikation.

Der leider immer wieder unternommene Versuch linker Gruppen, diesem sich entwickelnden Bewußtseinsprozeß die Zwangsjacke ihrer jeweiligen politischen Heilslehre und Dogmatik überzustülpen, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt; und das ist auch gut so. Versuche dogmatischer Agitation, zudem in der Regel ohne jede Sensibilität und Selbstreflexion vorgetragen, haben jedoch gerade im Verlauf dieses zweifellos sehr schwankenden, ständig von immer wieder neu zu überwindenden Zweifeln und Barrieren behinderten Lernprozesses eine eindeutig blockierende und somit reaktionäre Wirkung.

Eine detailliertere Darstellung dieses systemkritischen Lernprozesses in seinem möglichen Verlauf erübrigt sich an dieser Stelle, da es ansatzweise bereits im ersten Kapitel geschehen ist und weiter hinten am Beispiel der Bewegung gegen das AKW Whyll noch ausführlicher geschehen wird.

### **Das Erlernen gewaltfreier Widerstandspraktiken in Bürgerinitiativen**

**These:**

Bürgerinitiativen bieten für die Beteiligten die Möglichkeit der Einübung in gewaltfreie Widerstandspraktiken, die dann zu einer gelernten Verhaltensdisposition werden. Dabei handelt es sich um Kenntnisse und Fähigkeiten, die auch bei späteren Gelegenheiten wieder angewandt werden können.

Im Verlauf ihrer Aktionen sind Bürgerinitiativen gezwungen, sich einer Reihe unterschiedlicher gewaltfreier Interventions- und Demonstrationshandlungen zu bedienen, da ihnen die systemüblichen Mittel zur Proklamation und Durchsetzung ihrer Ziele in der Regel fehlen. Die Skala solcher Handlungen und Praktiken reicht vom Entwerfen und Verteilen eines Flugblattes, Durchführen von Versammlungen, Ausstellungen und Dokumentationen, über Demonstrationen, Sit-in's, Go-in's und Happenings bis hin zu Selbstbeziehungskampagnen(19), Hausbesetzungen und Bauplatzbesetzungen.

Das schrittweise Einüben dieser Widerstandspraktiken, die im Verlauf der Auseinandersetzungen vom Verteilen von Flugblättern bis hin zu illegalen Aktionen wie Besetzungen eskalieren können, bewirkt, daß sie als legitime Verhaltensweisen anerkannt gelernt und somit auch über den Bestand der Bürgerinitiative hinaus allgemein als Verhaltensmöglichkeit zur Verfü-

gung stehen und angewandt werden. So wäre beispielsweise der sehr weitgehende und für die Beteiligten unter Umständen folgenschwere Schritt der Bauplatzbesetzung in Whyll und vor allem die lange Dauer der Aktion aller Wahrscheinlichkeit nach nicht möglich gewesen ohne die Vorerfahrung der fünf Monate dauernden Besetzung des Baugeländes der Chemischen Werke München in Markolsheim.

Man kann davon ausgehen, daß bei den meisten Menschen in unserer Gesellschaft aufgrund der bisherigen Sozialisation eine große Angst vor Nonkonformismus und Ungehorsam jeder Art vorhanden ist.

„Diese Angst könne man nicht verbal überwinden, etwa durch die Lektüre psychoanalytischer Bücher, sondern nur dadurch, daß man sie in sich selbst durch Durchbrechung gesellschaftlicher Regeln und Tabus Stück für Stück beseitigt.“(20)

Eine wichtige Voraussetzung, zumindest aber Erleichterung für diesen Prozeß ist der Rückhalt in einer Sicherheit und Solidarität vermittelnden Gruppe. Eine Bürgerinitiative kann eine solche Gruppe sein, die sich zusätzlich noch dadurch auszeichnet, daß sie über ein gemeinsames Ziel und eine gemeinsame Motivation verfügt.

#### **Veränderung des politischen Verhaltens der Beteiligten im Verlauf einer Bürgerinitiative**

##### **These:**

Abgesehen von dem tendenziellen Verlust an Systemvertrauen und dem Einüben von gewaltfreien Widerstandspraktiken, kann die Beteiligung an einer Bürgerinitiative weitere Veränderungen des politischen Verhaltens ihrer Mitglieder bewirken. Solche Verhaltensänderungen können u.a. der Eintritt in oder Austritt aus einer Partei, ein verändertes Wahlverhalten sowie ein allgemein stärkeres Interesse und Engagement für unterschiedliche Probleme sein. Das Erkennen von politischen und ökonomischen Zusammenhängen während der Arbeit einer Aktionsgruppe führt darüber hinaus unter Umständen auch zu einer abgewandelten beziehungsweise erweiterten Zielsetzung einer Bürgerinitiative.

„Wenn etwas die Basisinitiativen politisch macht, so die Tatsachen, daß die die hier ein Problem aktiv angehen, gleichzeitig suchen, in der Realität der Bewegung die Verbindung zu den anderen Bereichen herzustellen. Kümmern sich technische Zeichner als Väter um die überfüllten Grundschulklassen ihrer Kinder, so werden sie fähig, diese Probleme mit Vätern und Müttern am Arbeitsplatz zu besprechen und stoßen auf die Notwendigkeit, Gewerkschaften, Kirchen, kommunale Einrichtungen und politische Parteien für die Lösung zu mobilisieren. Die Zusammenhänge stellen sich dann nicht mehr nur im Kopf dar, sondern werden in der gesellschaftlichen Wirklichkeit als aktive und solidarische Bewegungen bewirkt.“(21)

Die Bedeutung von Aktionsgruppen für das Erlernen demokratischer Verhaltensweisen betont Saul D. Alinsky, wenn er, bezogen auf die Erstellung eines Bürgerprogramms, schreibt: „Man sollte keinen allzugroßen Wert auf Besonderheiten und Einzelheiten in einem Bürgerprogramm legen. Die einzelnen Programmpunkte verlieren an Bedeutung, wenn man die enorme Wichtigkeit des Prozesses bedenkt, die Leute einmal auf demokratische Weise zu interessieren und zum Engagement zu bewegen. Letzten Endes besteht das wirklich demokratische Programm in einer demokratisch orientierten Bevölkerung . . .“ (22)

Aus der Fülle der möglichen Beispiele veränderten politischen Verhaltens als eine Folge des Engagements in Bürgerinitiativen sollen hier nur einige exemplarisch angeführt werden.

Im Verlauf der Bürgerinitiative Spielplatz Panke im Berliner Bezirk Wedding, die für die Errichtung eines Spielplatzes in einem geplanten Regenrückhaltebecken kämpfte und maßgeblich von Mitgliedern der Jungsozialisten mitgetragen wurde, traten von den insgesamt 23 Mitgliedern des „inneren und äußeren Kreises der Aktiven“ acht in die SPD ein.

Die Mitarbeit in einer Aktionsgruppe kann aber nicht nur zu einem weiteren politischen Engagement in einer Partei führen, sondern der Prozeß kann auch umgekehrt laufen. So haben sich in mehreren Gemeinden des Kaiserstuhls die CDU-Ortsverbände aus Protest gegen das Verhalten der CDU-Landesregierung in der Auseinandersetzung um das Kernkraftwerk Whyll aufgelöst.

Eine weitere Variante der Reaktion auf das Verhalten der Parteien ist die Beteiligung von Bürgerinitiativen an Wahlen mit Hilfe der Gründung von freien Wählergemeinschaften. Solche Wählergemeinschaften, deren Gründung aus einer Bürgerinitiative entstanden ist, beschränkten sich bisher auf die Beteiligung an Kommunalwahlen, konnten dort aber beachtliche Erfolge verzeichnen. In mehreren Orten des Kaiserstuhls erreichten Wählergemeinschaften, die sich aus Mitgliedern der Bürgerinitiativen gegen das Kernkraftwerk Whyll zusammensetzten, bei der baden-württembergischen Kommunalwahl im April 1975 die absolute Mehrheit aller Wählerstimmen. (23)

Im Berliner Bezirk Zehlendorf kandidierte bei den Wahlen am 2. März 1975 die sich aus Gegnern eines sehr umstrittenen Straßenbauprojektes rekrutierende Wählergemeinschaft unabhängiger Bürger (WUB) und erhielt 12,9% der abgegebenen Stimmen, die ihr sechs Sitze in der Bezirksverordnetenversammlung und einen Stadtratsposten einbrachten. (24)

Die Erfolge von Wählergemeinschaften machen deutlich, daß das Wirken von Bürgerinitiativen auch Verhaltensänderungen über den Kreis ihrer Aktiven hinaus bewirken kann, denn hohe Stimmanteile solcher Gruppen sind Ausdruck des Wählerprotestes gegen die etablierten Parteien.

Eine weitere Möglichkeit von über die ursprünglichen Ziele der Bürgerinitiativen hinausgehendem Engagement ist die Weiterarbeit der Bürgerinitiative mit einer veränderten, erweiterten Zielsetzung.

Die Untersuchung von 61 Bürgerinitiativen durch eine Forschungsgruppe der Freien Universität Berlin hat ergeben, daß 26% der untersuchten Initiativen im Verlauf ihrer Arbeit eine Zielerweiterung vorgenommen haben. Gründe für die Zielerweiterung waren zu gleichen Teilen das Erreichen des angestrebten Ziels und strategische Überlegungen.<sup>(25)</sup> Den Ablauf solcher Zielveränderungsprozesse könnte man folgendermaßen beschreiben.

Am Anfang steht das Engagement für ein sachliches Ziel, eingegrenzt auf die eigene Betroffenheit: in unserer Siedlung fehlt ein Spielplatz . . . – in Why! darf kein Kernkraftwerk gebaut werden.

Der nächste Schritt führt über die Beschäftigung mit dem angegangenen Problem zu der Feststellung, daß die Probleme nicht nur in der eigenen Siedlung oder im eigenen Auwald auftreten. Die Forderung verändert sich, bleibt aber auf das Ausgangsproblem bezogen: es gibt insgesamt zu wenig Spielplätze: die öffentliche Hand muß überhaupt mehr für Kinder und gegebenenfalls weniger für Parkpaletten tun – kein Kernkraftwerk in Why! und auch nicht anderswo.

Die nächste Stufe ist das Erkennen größerer, übergeordneter Zusammenhänge: Erkennen der politischen und ökonomischen Gründe für die Vernachlässigung von Spielplätzen zugunsten von Parkpaletten, einschließlich der Frage vorhandener oder nichtvorhandener Lobby – Erkennen der Zusammenhänge zwischen Nuklear-Streitmacht, Kernenergieprogrammen und ökonomischen Interessen, was dann auch eine Beschäftigung mit der Lieferung von Kernkraftwerken in Länder der Dritten Welt (Brasilien) oder in die Südafrikanische Republik zur Folge hat.

Die letzte Stufe schließlich ist die Erfahrung, daß das Scheitern vieler Forderungen der Bürgerinitiativen systembedingt ist, daß auch großes Engagement und unter Umständen starker Rückhalt bei der Mehrheit der Betroffenen nicht helfen. Das Ergebnis ist dann in vielen Fällen eine zweite erklärte Zielsetzung, die auf Aufklärung und Mobilisierung der Bevölkerung in Richtung auf Systemveränderung ausgerichtet ist.

#### **Auswirkungen einer Beteiligung an Bürgerinitiativen auf den familiären Bereich**

##### **These:**

Das Engagement in Bürgerinitiativen kann eine Veränderung von Einstellung und Verhalten gegenüber Ehepartnern und Familie mit sich bringen, deren Auswirkungen im Extremfall zu einer Aufhebung geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung führen können.

Die Auswirkungen der in Bürgerinitiativen erfahrenen Bewußtseinerweiterungen auf die Situation in der Familie sind vor allem deshalb so schwer nachweisbar, weil Familien- und Partnerbeziehungen eine Privatsphäre bilden, über die die Betroffenen sich nur selten äußern; auch während ihrer Arbeit in einer Bürgerinitiative. Dennoch liegt die Vermutung nahe, daß das Engagement in einer Bürgerinitiative eine Reihe noch nicht näher untersuchter Auswirkungen auf die innerfamiliären Beziehungen mit sich bringt, die für die Biographie der Betroffenen von größter Wichtigkeit sein können.

Es beginnt mit einer sicher häufig anzunehmenden arbeitsmäßigen Überlastung durch die nach Arbeitsschluß stattfindende Tätigkeit in einer Bürgerinitiative, die zu Konflikten führen kann, deren Ursprung darin liegt, daß sich Familienmitglieder, Ehepartner oder Kinder, vernachlässigt fühlen; eine für das Bürgerinitiativenmitglied zusätzliche Belastung, die sicher nicht ohne Rückwirkungen auf die Aktionsgruppe bleibt.

Arbeiten mehrere Familienmitglieder in einer Initiative mit, so kann das Problem der Bürgerinitiative zur gemeinsamen Aufgabe und damit zum innerfamiliären Kommunikationsschwerpunkt werden, der unter Umständen die Familiensolidarität erhöhen kann, jedoch sicher auch potentielle Konflikte in sich birgt.

Eine denkbare Folge des Engagements von Frauen in einer Aktionsgruppe beschreibt eine Vertreterin der „Interessengemeinschaft Regensburger Eltern“ in einer Fernsehsendung:

„Man kommt selbst als Mensch anders (aus der Bürgerinitiative, W.B.) heraus, als man in sie hineingegangen ist. Man macht einen Lernprozeß mit. Die Bürgerinitiative eröffnet den Beteiligten neue menschliche Kontakte, aber anhand eines Sachproblems. Das unterscheidet sie von der unverbindlichen Stammesgeselligkeit. Es ist mir immer wieder passiert, daß ich Frauen kennengelernt habe, die zunächst einen sehr zerknirschten Eindruck machten, die in ihrer Arbeit im Haus und in der Familie keine volle Befriedigung gefunden haben, die aber dadurch therapiert worden sind, daß sie durch ihre eigene Aufgabe in Eigenverantwortung und zwar außerhalb der häuslichen vier Wände, in denen sie sonst tätig sind, eine Bestätigung gefunden haben, die ihnen gefehlt hat. Durch ihre Mitarbeit in einer Bürgerinitiative ist es ihnen gelungen, ein geistig soziales Mangelgefühl wieder abzubauen.“ (26)

Die Frage ist, ob diese persönliche Bestätigung, die sicher eine Anhebung des angegriffenen Selbstwertgefühls mit sich bringt, lediglich dazu dient, die offenbar als unbefriedigend erlebten Lebensumstände weiterhin, aber nun besser, zu ertragen, oder ob mit dem Selbstwertgefühl auch das Selbstbewußtsein in der Weise steigt, daß die betroffenen Frauen Motivation und Fähigkeiten entwickeln, um auf eine Veränderung der als belastend erlebten Lebensumstände hinzuwirken.

Weitergehende Erfahrungen als in dem angeführten Beispiel, sowohl hinsichtlich der Möglichkeit einer Selbstorganisation als auch des Selbstverständnisses als Frau, einschließlich der Kritik an der Vorherrschaft der Männer in politischen Auseinandersetzungen und den dabei herrschenden, als „typisch männliche“ erlebten Verhaltensweisen, machten die Frauen, die sich im Rahmen des Kampfes gegen das Kernkraftwerk Wyl in der „Badischen Fraueninitiative“ zusammengeschlossen haben. Die „Badische Fraueninitiative“ entstand auf Initiative von Mitgliedern einer Freiburger Frauengruppe und konnte innerhalb weniger Wochen Hunderte von Frauen aus den Dörfern am Kaiserstuhl mobilisieren. Sie versteht sich als Teil der Bewegung gegen das Kernkraftwerk: es gäbe sie nicht, „wenn nicht der Krieg über uns gehen würde“. In der Broschüre „Frauen erklären Atom und Blei den Krieg“ werden die oben angedeuteten Erfahrungen folgendermaßen zusammengefaßt:

„Deshalb läßt sich der ökologische Kampf nicht trennen von Lernprozessen, die die Frauen der Badischen Fraueninitiative als Frauen machen. Der wichtigste Schritt, um diese Lernprozesse einzuleiten, war die Entscheidung, als Frauengruppe an diesem Kampf teilzunehmen. Andere wichtige Erfahrungen waren

- daß wir Frauen keine Männer brauchen, um etwas auf die Beine zu stellen,
- daß Frauen sich andere Arbeitsformen schaffen müssen,
- daß beispielsweise nicht-autoritär strukturierte Treffen ziemlich produktiv und angenehm sein können,
- die Möglichkeit, abends allein wegzugehen, „Politik zu machen“, während der Mann daheim bleibt und Kinder hütet,
- die Kritik an den Arbeitsweisen von männer-bestimmten Gruppen,
- die Erkenntnis, daß Aktivitäten von Frauen besonders wirkungsvoll sein können und daß wir Frauen kollektiv eine Macht darstellen.“

Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang noch, daß die Reaktion der Männer auf die Aktivitäten der „Badischen Fraueninitiative“ anfangs abwartend bis ablehnend war. Später, als sich herausstellte, daß in bestimmten Situationen die Fraueninitiative effektiver und entschlossener reagierte als die überwiegend von Männern, meist den örtlichen Honoratioren, geführten Bürgerinitiativen, schlug diese in eine Mischung aus Skepsis, Bewunderung und Stolz („unsere Frauen“) um.

Auch wenn bisher keine einschlägigen Forschungsergebnisse vorliegen, ist anzunehmen, daß derartige Prozesse, die außer dem politischen Kampf immer auch ein Prozeß kollektiv erfahrener, sich aber auch individuell auswirkender Sozialisation sind, Folgen für die innerfamiliäre Situation haben. Schon die Tatsache, daß Frauen sich abends allein politisch engagieren, während die Männer zu Hause auf die Kinder aufpassen, ist in einer bäuerlich konservativ strukturierten Region wie dem Kaiserstuhl – und sicher nicht nur dort – eine

„familieninterne Revolution“. Inwieweit solche und andere traditionellen Familienstrukturen und geschlechtsspezifische Verhaltensweisen durchbrechende Handlungen auch über die Zeit des durch hohen Außendruck bestimmten Kampfes gegen das Kernkraftwerk hinaus aufrecht erhalten werden, bleibt abzuwarten.

Die am weitestgehenden Auswirkungen politischen Engagements auf die Familienstruktur der Beteiligten schildern zwei Arbeiter aus dem Märkischen Viertel in Berlin in ihren Lebensberichten. In beiden Fällen war es im Verlauf der Mitarbeit in verschiedenen Initiativgruppen, teilweise aufgrund des Einflusses mitarbeitender Studenten, zu heftigen Konflikten zwischen den Ehepartnern über die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung (der Mann verdient das Geld, die Frau versorgt Haushalt und Kinder) gekommen:

Horst Lange (42):

„Nach längeren Beratungen einigten wir uns, det sie jetzt mal een Jahr akkern jeht und ick den Haushalt mache. Ick hatte in dem Jahr jedenfalls 'ne ganze Menge jelernt. Ick wußte jetzt, det nich die Frau als solche unterdrückt wird, sondern die Rolle, die se zu spielen hat. Die unterdrückt se nämlich und macht se unfrei. Ich verspürte det am eigenen Leibe. Jetzt war ick derjenige, der bloß dauernd uff die Uhr kieken mußte, damit det Mittag pünktlich fertig war, det de Wäsche jewaschen wurde, de Bude uffgeräumt und die Kinder versorgt waren. Es hatte sich alles nur umgedreht. Als ick nun nach een Jahr mal wieder ankloppte, ob wa nich jetzt beede halbtägs arbeeten jehn wolln, und uns den Haushalt teilen wolln, sagte mir meine Frau, det se jarnich daran denkt, ihre Arbeit uffzugeben.“(14,S.208)

Hans Rickmann (42):

„Meine Arbeit als Reinigungskraft begann, nachdem ich mit meiner Frau Janin diskutiert hatte: Warum soll die Rolle von Mann und Frau so bleiben, wie sie ist? Ich übernahm überwiegend neben der halbtätigen Reinigungsstelle die häusliche Arbeit und die Versorgung unserer zwei Kinder. Janin hatte nach sieben Jahren Haushaltseinerlei fast ohne jeden Kontakt zu anderen Menschen eine Phase, die zu schweren Depressionen führte: sie wollte mit Menschen zusammenarbeiten, nicht nur mit mir als einziger Bezugsperson. Sie arbeitete seitdem in ihrem Beruf als kaufmännische Angestellte, wo ihr Bedürfnis, mit Menschen aller Gesellschaftsschichten zusammenarbeiten, ausgefüllt wird.“(14, S.200)

Sicher sind die beiden zuletzt geschilderten Fälle in ihrer Konsequenz Ausnahmen. Sie machen aber deutlich, welche Auswirkungen politisches Engagement für Probleme, von denen der einzelne hautnah und täglich betroffen ist, verstärkt durch den Einfluß anderer mitarbeitender Gruppierungen mit ande-

ren Erfahrungen und Lebensumständen, auf die Situation des einzelnen und das Zusammenleben in der Familie haben können.

Alle angeführten Beispiele zusammengenommen können nur Tendenzen eines Aspektes des Engagements in Bürgerinitiativen andeuten, der in der Auswirkung auf die individuelle Situation der Betroffenen und damit letztlich auch für ihr politisches Verhalten von großer Bedeutung sein dürfte. Er müßte jedoch noch sehr viel intensiver untersucht werden, um gesicherte Aussagen machen zu können.

### **Auswirkungen des Engagements in einer Bürgerinitiative auf den Freundes- und Bekanntenkreis**

#### **These:**

Die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative führt zu einer Veränderung beziehungsweise Erweiterung des Freundes- und Bekanntenkreises der Beteiligten. Sie bietet die Möglichkeit, eventuelle soziale Isolationen zumindest partiell zu durchbrechen.

Es ist anzunehmen, daß das Engagement in einer Bürgerinitiative folgende Auswirkungen auf den Freundes- und Bekanntenkreis der Aktiven mit sich bringt. Zum einen wird dieser sich erweitern, da man durch die Zusammenarbeit in der Bürgerinitiative neue Bekanntschaften schließt, die den bisherigen Freundes- und Bekanntenkreis ergänzen, unter Umständen ablösen. Zum anderen wird der einzelne aufgrund seines Engagements eine neue oder veränderte Position in seinem bisherigen Bekanntenkreis einnehmen, da er in seiner Eigenschaft als Bürgerinitiativenmitglied versuchen wird, Freunde und Bekannte aus der Umgebung ebenfalls für die Aktion zu mobilisieren und/oder gezwungen ist, sein Engagement zu erklären und gegebenenfalls zu verteidigen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt des Engagements in Bürgerinitiativen ist in diesem Zusammenhang die Möglichkeit, mit Hilfe neuer Kontakte aus einer eventuellen sozialen Isolation, und der damit oft verbundenen resignativen Zurückgezogenheit in die Privatsphäre, herauszukommen: ein Gesichtspunkt, dem gerade unter den Bedingungen einer Massengesellschaft mit einem hohen Grad an Anonymität immer größere Bedeutung zukommt.

### **Die Erfahrung der Zusammenarbeit von Angehörigen unterschiedlicher Gruppierungen**

#### **These:**

Die an Bürgerinitiativen Beteiligten kommen im Verlauf ihrer Arbeit in Kontakt mit Menschen und Gruppen anderer Berufssparten, Generationen und

anderer politischer Überzeugung. Die gemeinsame Arbeit und das gemeinsame Ziel führen zu einem Kennenlernen von Menschen und Gruppen, zu denen bisher kaum oder gar kein Kontakt bestand, und damit auch zu einem Abbau gegebenenfalls vorhandener Vorurteile.

Die Zusammenarbeit von Menschen und Gruppen mit zum Teil völlig unterschiedlichen Vorerfahrungen, Lebensbedingungen und politischen Einstellungen impliziert zunächst eine Reihe von Konflikten innerhalb der Gruppe über Zielsetzung, strategisches und taktisches Vorgehen, Bündnisse, Aktionsformen usw. Diese Auseinandersetzungen bieten die Möglichkeit, Positionen der anderen Seite kennenzulernen, Verhaltensweisen verstehen zu lernen und die Erfahrung zu machen, daß eine solidarische Zusammenarbeit mit Gruppen, die bisher völlig unbekannt waren, unter Umständen abgelehnt oder sogar bekämpft wurden, möglich ist.

Auf nähere Erläuterungen dieses, gerade auch für politisches Verhalten über die Dauer einer Bürgerinitiative hinaus wichtigen Aspekts möchte ich hier verzichten, da er im nächsten Kapitel ausführlich und exemplarisch anhand der Zusammenarbeit unterschiedlichster Gruppen auf den besetzten Bauplätzen von Markolsheim und Whyll behandelt wird.(28) □

#### Anmerkungen

- 1) Wilfried Gottschalch: Bedingungen und Chancen politischer Sozialisation. Frankfurt a.M., 1972, S.23.
- 2) Als einführende und grundlegende Literatur können genannt werden: Carol Hagemann-White, Reinhart Wolff: Lebensumstände und Erziehung. Frankfurt a.M., 1975.  
Wilfried Gottschalch u.a.: Sozialisationsforschung, Frankfurt a.M. 1971.  
Alfred Pressel: Sozialisation, in: Erziehung in der Klassengesellschaft, München 1971.
- 3) Orville, G. Brim u.a.: Erwachsenensozialisation, Stuttgart 1974.
- 4) Hartmut Griese: Erwachsenensozialisation, München 1976.
- 5) Frigga Haug: Kritik der Rollentheorie, Frankfurt a.M. 1972, S.125.
- 6) Reimer Gronemeyer: Integration durch Partizipation ?, Frankfurt a.M. 1973, S.82ff.
- 7) Marianne Gronemeyer: Individuelle und institutionelle Bedingungen der Beteiligung, in: Hans Eckehard Bahr (Hg.) Politisierung des Alltags, Darmstadt und Neuwied, 1972
- 8) Theodor Ebert: Mit Bürgerinitiativen zur antikapitalistischen Strukturreform ? in: Gewaltfreie Aktion, 4.Jg. Heft 12, 2.Quartal 1972, S.6.
- 9) Marianne Gronemeyer: Motivation und politisches Handeln, Hamburg 1976.

- 10) Einen Überblick über diese Forschungsrichtung gibt der Band:  
Thomas Leithäuser, Walter R. Heinz (Hg.): Produktion, Arbeit, Sozialisation,  
Frankfurt a.M. 1976.
- 11) Wolfgang Beer, Roland Vogt: Interview mit einem elsässischen Lehrer.
- 12) Hans Ekehard Bahr, Reimer Gronemeyer (Hg.): Konfliktorientierte Gemeinwesenarbeit, Darmstadt und Neuwied 1974, S.26.
- 13) Wolfgang Beer, Roland Vogt: Interview mit einer Ärztin.
- 14) Betroffene des Märkischen Viertels: wohnste sozial, haste die Qual, Reinbek 1975, S.216/17.
- 15) Dieter Duhm, Angst im Kapitalismus, Hagen 1972, S.48.
- 16) Paulo Freire: Pädagogik der Unterdrückten, Stuttgart 1971, S.40 ff.
- 17) Zitiert nach: Gottfried Weber, Die Neubürger, in: 7, S.92ff.
- 18) Vgl. auch Brigitte Höbel, Ulrich Seibert: Bürgerinitiativen und Gemeinwesenarbeit, München 1973, S.93ff.
- 19) Organisierte massenhafte Selbstanzeigen machten u.a. Frauen und Männer wegen Verstößen gegen den § 218 STGB im Verlauf der bundesweiten Kampagnen gegen diesen Paragraphen. Auch im Kampf gegen das Kernkraftwerk Wyl stellten Besucher und Besetzer des Bauplatzes massenhaft Strafanzeigen gegen sich selbst, nachdem die baden-württembergische Landesregierung das Betreten des Bauplatzes durch Unbefugte zum Landfriedensbruch erklärt hatte.
- 20) Hermann Giesecke: Didaktische Probleme des Lernens im Rahmen von politischen Aktionen, in: Hermann Giesecke u.a.: Politische Aktion und politisches Lernen, 2.Aufl., München 1972, S.17.
- 21) Ernest Jouhy: Können General Motors, IBM und Breschnew es nicht besser? in: AKB-Info, Nr.4, Juli 1974, S.15. Arbeitskreis Bürgerinitiativen (AKB) Rhein-Main e.V., Frankfurt a.M.
- 22) Saul D. Alinsky: Leidenschaft für den Nächsten, Gelnhausen/Berlin, 1973, S.172/3.
- 23) Vgl. Badische Zeitung, Ausgabe Emmendingen vom 22.4.1974.
- 34) Vgl. Der Abend vom 3.März 1975.
- 25) Forschungsgruppe an der Freien Universität Berlin: Zur Rolle und Funktion von Bürgerinitiativen in der Bundesrepublik und West-Berlin, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Nr.2, 1973.
- 26) Zitiert nach einem Tonbandmitschnitt der Sendung: „Auf der Suche nach der heißen Welt – Bürgerinitiativen –“, Autorenteam: Menninger, Gülicher, ARD, 1.9.75.
- 27) Frauenkollektiv Freiburg: Frauen erklären Atom und Blei den Krieg. Über die Badische Fraueninitiative gegen Bleiwerk Markolsheim und KKW Wyl, München 75.
- 28) Vgl. hierzu auch: Thomas Kuby, Christian Marzahn: Lernen in Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen, in: Kursbuch 48, Berlin 1977, S. 153ff.